

Erklärung des Polnischen PEN Clubs

Zwei Jahre lang hat die Regierung einen Keil zwischen uns und unsere Nachbarn getrieben, uns von der Gemeinschaft verbündeter Länder und den strategischen Partnern des Polnischen Staates entzweit. Sie zettelt einen Konflikt nach dem anderen an im Namen einer fiktiven Verteidigung Polens gegen einen fiktiven Angriff auf dessen Interessen und dessen guten Namen, wobei sie obsessiv immer wieder zu den Realien des Krieges zurückkehrt, der vor vier Generationen stattgefunden hat. Aus einer Aversion gegen den eigenen Staat heraus macht sie das Werk der vergangenen fünfundzwanzig Jahre zunichte, in denen die wiedererstandene Republik innerhalb des Systems der europäischen Verbündeten konsequent die historische Versöhnung mit Deutschen, Juden und Ukrainern verwirklicht hat. Die freundschaftlichen Beziehungen zur unabhängigen Ukraine erreichten in dieser Zeit ein in der gemeinsamen Geschichte bisher nie dagewesenes Niveau. Wer diese Beziehungen jetzt zerstört, steuert auf eine Balkanisierung Mitteleuropas zu. Das Image eines abstoßend irrationalen Polens vertieft die verhängnisvolle Isolation unseres Landes in der Welt.

Die vermeintliche „Politik der Scham“ macht einer Politik der Schamlosigkeit Platz, die hin und wieder an bewusste Provokation grenzt. Provokativen Charakter hat die Konzessionierung Kapuzen tragender Patrioten, die sich – durch Straflosigkeit zur Dreistigkeit ermuntert – in immer größeren Massen unter extrem rassistischen Parolen und allzu bekannten neofaschistischen Symbolen versammeln. Eine Provokation ist es, wenn ein Abgeordneter des polnischen Sejms zum polnischen Nationalfeiertag einen italienischen Neonazi und Putin-Anhänger einlädt, der in seinem eigenen Land wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt wurde. Seit Jahren auch mit britischen Nationalisten und Holocaust-Leugnern in Verbindung, rief er in der Eröffnungsansprache des Warschauer Marsches der Unabhängigkeit zur „Übernahme der Straßen“ auf.

Provozierend war auch die Tatsache, dass man für die Vorlage der das IPN (Institut der nationalen Erinnerung) betreffenden Gesetzesänderung das Datum des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Holocaust wählte (kurz vor dem 50. Jahrestag der unrühmlichen Ereignisse des März 1968) und bei dieser Gelegenheit einen antisemitischen Tumult anfachte.

Unter den Akteuren dieses schändlichen Spektakels zeichnete sich besonders der Direktor des Zweiten Programms des Öffentlichen Fernsehens aus, der sich in diesem Sender erlaubte, sich über den Völkermord an den Juden lustig zu machen. Der die Realität des Holocaust leugnende Spott über die Gaskammern, für den Neonazis bekannt sind, heißt auf Englisch HoloHoax.

Das Ziel der erwähnten Gesetzesänderung ist – entgegen der Propaganda – nicht die Bekämpfung der Auschwitz-Lüge und des Neofaschismus. Das neue Gesetz gehört in die schlechte Tradition der Verfolgung der Majestätsbeleidigung – in diesem Fall der Beleidigung des polnischen Staates und Volkes. Die Idee der Freiheitsberaubung für eine willkürlich behauptete Verfälschung der Geschichte Polens erinnert an die Gesetzgebung in Putins Russland. Der Kern der von beiden Kammern angenommenen Gesetzesvorlage ist die Einführung einer inhaltlichen Zensur, und das unter Androhung einer mehrjährigen Haftstrafe. Sie droht unter anderem jedem, der den Polen irgendwelche Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Krieges oder auch in den Jahren 1925-1950 (wie in den Beziehungen zu den Ukrainern) zuschreibt. Diese Zensur wird unweigerlich zu Konflikten mit den Nationen führen, die in ihrer Erinnerung Beispiele solcher Verbrechen bewahrt haben.

Die Zensur ausübende „Maschine eines sicheren Narrativs“, wie es ein Berater des Präsidenten vorsorglich ausdrückte, schafft ein mythologisiertes Bild des Krieges. Der Krieg wird auf Schlachten und die Martyrologie des eigenen Volkes reduziert. Die antideutsche, antiukrainische und antisemitische Haltung dienen der antieuropäischen Haltung. Das propagandistische „Narrativ“ stellt, äußere Konflikte schürend, nach dem Beispiel des März 1968, jeden Widerspruch als Akt des Verrats dar. Das macht die Spaltung des Landes unwiderruflich. Aufrufe zu einer gemeinsamen Verteidigung Polens gegen Kritik von außen sollen in dieser perfiden Logik die Spaltung vertiefen.

Möge das unabhängige Polen diesen selbstmörderischen Paroxysmus überstehen.